



23.03.2023

## Rede zum Haushalt 2023

23.03.2023

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Täger,  
verehrte Kolleginnen und Kollegen des Rates,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Aussprache zum Haushalt ist stets Gelegenheit Vergangenes zu betrachten. Doch hauptsächlich sollten wir die Zukunft in den Blick nehmen.

Seit dem Ausbruch der Coronapandemie Anfang 2020 reiht sich eine Krise an die andere und bestimmt auch unseren kommunalen Alltag. Senden hat jedoch dank seiner guten Führung und des starken Engagements der gesamten Belegschaft alle Krisen gut gemeistert. Der Krisenmodus der letzten Jahre darf aber nicht davon ablenken, welche Ziele wir für Senden verfolgen und auch weiterhin verfolgen müssen. Unser Ziel ist es, Senden auf der Basis solider Finanzpolitik attraktiv, lebenswert und ökologisch nachhaltige zu gestalten. Damit schaffen wir das Fundament, Krisen auch weiterhin erfolgreich zu bewältigen.

*„Das Wort Krise setzt sich im Chinesischen aus 2 Schriftzeichen zusammen – das eine bedeutet Gefahr und das andere Gelegenheit.“ John F. Kennedy*

Wie richtig dies ist, sieht man, wenn man die Veränderungen im Bereich Digitalisierung, Homeoffice – auch im Rathaus betrachtet. Die Realisierung der Rathausenerweiterung und Neugestaltung der Arbeitsprozesse benötigt allerdings mehr Zeit als ursprünglich angenommen. Dies bietet jedoch zugleich auch die Chance, die Mitarbeiterschaft in den inzwischen umgestalteten Muster-Räumlichkeiten des „Treffpunkts“ intensiv in eine Testphase einzubinden und mitzunehmen.

Der Bauhof, der nahe dem Schloss, von Sendens Bevölkerung eher unbemerkt eine immer größer werdende Gemeinde mit unterschiedlichen Leistungen versorgt, muss seinem kontinuierlich steigenden Aufgabenumfang entsprechend, nach dem Stand aktueller Technik und Arbeitsabläufe neu gebaut werden. Diese Investition mit geschätzten Kosten von 5 Mio. € ist notwendig, um die Arbeit effizient zu gestalten. Gleichzeitig ist sie auch ein Zeichen der Wertschätzung gegenüber den Mitarbeitern, denen wir ein sauberes und gepflegtes Senden verdanken.

Handlungsfähig bleiben - auch in Krisenzeiten. In starkem Maße verdanken wir das unseren guten Gewerbesteuererträgen. Die zunehmende Unabhängigkeit von der „kommunalen Sozialhilfe“ des GFG durch kontinuierlich steigende Gewerbesteuererträge – und das in Zeiten von „Gefahr und Gelegenheit“ – ist eine bemerkenswerte Leistung. An diese Entwicklung sollten wir anknüpfen. Doch inzwischen sind in allen drei Ortsteilen sämtliche Gewerbeflächen vermarktet. Hier brauchen wir dringend neue Perspektiven zur Ausweisung weiterer Gewerbeflächen, um bereits ansässigen Unternehmen Entwicklungspotentiale zu bieten und auch weiterhin attraktive Unternehmen für Senden zu gewinnen. Neben der Erzielung weiterer Gewerbesteuererträge, schaffen wir so neue Arbeitsplätze vor Ort und senken damit die Anzahl der Auspendler.

Allerdings brauchen wir für die dringend benötigten Fachkräfte vor Ort entsprechende Wohnraumangebote in erreichbarer Nähe. Dabei sollten wir den Blick nicht nur auf die aktuell nahegelegenen Flächen richten, sondern auch auf längerfristige Perspektiven für die weitere Entwicklung unseres Ortes. Dies auch unter dem Aspekt, dass wir durch die Schaffung zusätzlicher Wohnungsangebote positiv Einfluss auf die Mietpreisentwicklung nehmen können. Zusätzlich werden wir in allen Ortsteilen auch preisgebundenen Wohnraum schaffen müssen, um Wohnen in Senden auch für Menschen mit geringerem Einkommen bezahlbar zu machen. Dieser Aufgabe werden wir uns in den kommenden Monaten verstärkt widmen.

Das Thema Fachkräftemangel zeigt sich auch bei uns. Unser Cabrio Bad kann, wie viele Bäder in Münster, nur noch eingeschränkt öffnen. Dringend benötigte Plätze in SENDERER Pflegeeinrichtungen können nicht angeboten werden und auch die Kita-Betreuung kann aktuell nicht im erforderlichen Umfang angeboten werden. Hier müssen wir gemeinsam mit dem Kreis tätig werden, denn ein nicht auskömmliches Betreuungsangebot leistet dem Fachkräftemangel zusätzlichen Vorschub. Dabei müssen aber auch die immer weiter erhöhten Standards, zB. im Bereich frühkindlicher Bildung und Betreuung kritisch hinterfragt werden.

Eine weitere Herausforderung sind bezahlbare ÖPNV-Angebote im ländlichen Raum. Ein gelungenes Beispiel ist die Schnellbuslinie S90, die durch die X90 weiter aufgewertet wird. Das Kommit-Shuttle trägt dagegen weniger zur Reduzierung des Individualverkehrs bei, da die Fahrten fast ausschließlich für einzelne Personen erfolgen und der erhoffte „Poolingeffekt“ ausgeblieben ist. Ob wir uns die Fortsetzung einer solchen Taxi Anbindung erlauben wollen und können, wird nach Ablauf des Untersuchungszeitraums kostenmäßig kritisch zu hinterfragen sein.

Wir sollten aber weiterhin zusätzliche ÖPNV-Angebote wie die Taxibus Verbindung von Ottmarsbocholt nach Davensberg ausprobieren -idealerweise bei entsprechender Förderung. Allerdings werden wir nicht jeden Winkel unserer Gemeinde an den ÖPNV anbinden können. Daher wird der motorisierte Individualverkehr auch in den nächsten Jahrzehnten in der Gemeinde Senden eine maßgebliche Rolle spielen. Deshalb brauchen wir neben Fahrradwegen auch Parkplätze, Wege und Straßen für Autos – auch um unseren Ortskern weiterhin lebendig halten zu können.

Große Ausgaben stehen auch im Bereich der Bildung an. Der aktuell verabschiedete Schulentwicklungsplan zeigt die Richtung auf, um Senden für die anstehenden Herausforderungen zu wappnen. Ausbau- bzw. Umbaubedarf ergibt sich insbesondere für unsere SENDERER Grundschulen, um den steigenden Schülerzahlen und Bedarfen der OGS gerecht zu werden. Überzeugende Planungen zur Erweiterung

der Grundschule Marienschule um einen vierten Zug haben die Idee einer dritten Grundschule kosten- und zeitmäßig obsolet gemacht. Der Bau einer zentralen Schulmensa soll den weiterführenden Schulen im Sendener Schulpark durch Freiwerden der jeweiligen schuleigenen Mensen zusätzliche räumliche Kapazitäten bringen. Die millionenschweren Ansätze im Haushalt für die nächsten Jahre werden mutmaßlich nicht auskömmlich sein. Hinzu kommt, dass der im Zuge der Umbauarbeiten angestrebte höhere Standard (Differenzierungsräume, Schallschutz usw.) auch in den anderen Grundschulen in Bösensell und Ottmarsbocholt in der Folgezeit umgesetzt werden sollte.

Kommen wir zu den Ortsteilen: Während Ausgaben in Millionenhöhe für das Alte Zollhaus, die Ortskernsanierung, das Schloss und die Schulen im Ortsteil Senden kaum hinterfragt werden, werden Ausgaben für Bösensell und Ottmarsbocholt ungleich kritischer gesehen. So jedenfalls mehr und mehr der Eindruck vieler Bewohner, wenn Verkehrssicherheit und Ruhe zwar vor der eigenen Haustür eingefordert, aber anderen nicht zugestanden werden soll. Viele Jahrzehnte ist es uns gelungen, das Kirchturmdenken außen vor zu lassen. Nun darf diese Einheit, die auf einer Gleichberechtigung der Ortsteile beruht, nicht von einem „Parteienbündnis gegen Ortsteile“ leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden.

So hoffe ich, dass hinsichtlich des letzten Antrages der UWG zum grundsätzlich sinnvollen „World Cleanup Day“, die bereits bestehenden Initiativen der CDU und der Kolpingfamilie in Bösensell sowie des Heimatvereins in Ottmarsbocholt im Vorfeld einbezogen wurden, um das bestehende Engagement in den Ortsteilen nicht zu beeinträchtigen.

Doch zurück zum Haushalt:

Die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie und des Ukraine Konflikts haben unserer Gemeinde auch finanziell einiges abverlangt. Zur fehlenden Transparenz der Schaffung eines Sonderhaushalts hatte ich mich bereits vergangenes Jahr kritisch geäußert.

Die dem NKF eigene Transparenz ermöglicht einen interkommunalen Vergleich, der uns leider zeigt, dass unsere Drittfinanzierungsquote mit ca. 53 % deutlich hinter der vergleichbarer Kommunen und unseren selbst gesteckten Zielen, nämlich 60 %, bleibt. Hier können und müssen wir uns verbessern, indem wir noch mehr als bisher Fördergelder in Anspruch nehmen.

Besser werden sollten wir auch hinsichtlich der eigenen Haushaltsdisziplin. Wir haben offenkundig zu hohe Investitionen eingeplant. Eine angestrebte Investitionsquote von gut 100 % kann nicht erreicht werden, wenn die Ansätze für Investitionen in unseren Haushaltsplänen von vornherein regelmäßig eher doppelt so hoch veranschlagt sind und dann nur durch die Kraft des Faktischen, nämlich begrenzten Personalressourcen, wieder auf ein deutlich niedrigeres Maß gesenkt werden.

Natürlich sind zeitliche Verschiebungen oder gar Streichungen von Investitionen selten populär, was letztlich wohl auch die – zumindest aus meiner Sicht – nicht zufrieden stellenden „Ergebnisse“ des Arbeitskreises Haushaltskonsolidierung erklärt.

Aus diesem Grund haben wir die fraktionsinternen Haushaltsberatungen dafür genutzt, um weitere Einsparpotentiale zu finden. So konnten die Corona-bedingten

zusätzlichen Reinigungskosten und der Ansatz für die Sanierung der Flachdächer im Bereich der Umkleiden/Turnhalle der Grundschule Bösensell mit immerhin 180.000,- € im Haushalt 2023 entfallen. Die Verbesserungen des prognostizierten Haushaltsdefizits von etwa 5,3 Mio. € auf 2,8 Mio. €, sind daher zu einem kleineren Teil auch auf unsere Anregungen zurückzuführen.

Der kürzlich angekündigte Zuschuss der schwarz-grünen Landesregierung mit immerhin weiteren etwa 560.000 € für Senden zur Übernahme von Flüchtlingskosten wirkt sich zusätzlich positiv auf die Haushaltsplanung aus.

Trotz des vom Kämmerer angekündigten Millionendefizits, haben sich nicht alle Fraktionen über mögliche Einsparungen Gedanken gemacht. Mit dem Klimaschutzkonzept, der Schulentwicklungsplanung, sowie dem Radverkehrskonzept sind ausreichend Aufgaben vorhanden, so dass wir unsere Verwaltung nicht mit noch zusätzlich geforderten Konzeptausarbeitungen überlasten sollten.

Ebenso wenig halten wir es für zielführend, pauschal Budget Ansätze zu verdoppeln, wie jüngst von den Grünen beantragt. Die sich abzeichnende Ablehnung des Haushalts als Reaktion der Grünen erinnert mich dabei an ein Verhalten, dass ich sonst nur von den jungen Nutzern der Einrichtungen kenne, für die derzeit zu wenig Personal vorhanden ist.

Der 60 Mio. € schwere Ausgaben-Haushalt weist doch äußerst ambitionierte und millionenschwere Ausgaben -immerhin fast 6 Mio. für Klimaschutz und Klimafolgenanpassung- aus. Die Zustimmung zu versagen, da keine „grüne Handschrift“ erkennbar sei, verwundert doch sehr. Die ökologisch sinnvollen Maßnahmen sind jedenfalls in diesem Haushalt, insbesondere dann, wenn sie sich auch ökonomisch rechnen, in großen schwarzen Druckbuchstaben dem Haushalt zu entnehmen.

Im Haushaltsjahr 2023 ist beispielsweise die Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED vorgezogen und eine umfangreiche Installation von PV-Anlagen und Speichern mit einem Volumen von fast 1 Mio. € vorgesehen. Seit Einstellung des ersten Klimaschutzmanagers Ende 2015 hätte ich mir persönlich zwar schon viel mehr PV auf gemeindeeigenen Dächern gewünscht, dafür besteht aber nunmehr eine günstige Förderkulisse mit einer ursprünglichen 90 % Quote. Ich hoffe, dass der weitere Aufbau von PV-Anlagen auf Gemeindedächern auch konsequent und priorisiert fortgesetzt wird.

Dem Klimaschutz und der Klimafolgenanpassung ist ein umfangreicher Bericht in der Anlage gewidmet, so dass sich Bürgerinnen und Bürger ein eigenes Bild machen können, was alles unternommen wird. Nach Abzug der Kreisumlage wird ca. jeder siebte verfügbare Euro des Gemeindefiskus für den Klimaschutz oder die Klimafolgenanpassung eingesetzt. Ein Mehr an Ausgaben ginge zu Lasten anderer wichtiger gemeindlicher Aufgaben. Sollten wir etwa am Thema Bildung sparen oder daran, unseren Bürgerinnen und Bürgern eine attraktive Gemeinde zu bieten?

Wir jedenfalls halten die im Haushalt gesetzten Schwerpunkte für ausgewogen und richtig und werden dem vorliegenden Haushaltsentwurf daher zustimmen.

Abschließend möchte ich „Danke“ sagen:

- unserem Bürgermeister und allen Fachbereichsleitungen sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeinde, für ihren engagierten Einsatz und die Unterstützung der Arbeit des Rates,
- allen Anwesenden für Ihre Aufmerksamkeit!

Sascha Weppelmann  
(Fraktionsvorsitzender)